



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.10.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

ab TOP 2

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Heinkele

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Fessler Ordnungsamt	bis TOP 5.3
Herr Kopf, Hochbauamt	bis TOP 5.3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	TOPs 5.3 - 6
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	bis TOP 4
Herr Merkle, Bauverwaltungsamt	TOPs 6 - 9
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	ohne TOP 6
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	ab TOP 6
Herr Raumel, Stadtbücherei	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Romer, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	ohne TOP 6
Frau Spieler, Wohnungswirtschaft Biberach	ab TOP 6
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Gäste:

Herr Gottschalk, SWR Biberach	zeitw.
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung	ab TOP 5.3
Herr Mäule, Schwäbische Zeitung	
Herr Pfab, Rektor Dollinger-Realschule	bis TOP 5.3
Herr Schley, Rektor Mali-Hauptschule	bis TOP 5.3
Herr Witte, Wochenblatt	zeitw.
rund 60 Bürger	TOP 1
rund 40 Bürger	TOPs 2 – 5.3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Geschäftsordnungsantrag	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Ehrungen	
4.	Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Rißegg	197/2009
5.	Neubau Realschule - Anträge der UB-Fraktion vom 26.08.09 - Anträge der SPD-Fraktion vom 27.09. und 12.10.09 - Anträge der Grünen vom 06.10.09 - Anträge der CDU-Fraktion vom 08.10.09	
5.1.	Standortentscheidung Neubau Schule	193/2009
5.2.	Raumprogramm für den Bau einer 6-zügigen Realschule und eines Ganztageszentrums im räumlichen Bildungszentrum sowie Verlegung der Pflugförderschule	184/2009-1 + 184/2009-2
5.3.	Raumprogramm für den Bau einer 3-teiligen Sporthalle und Darstellung der Ersatzbeschaffung von Sportfreiflächen	183/2009-1 + 183/2009-2
6.	Familienbericht Stadt Biberach - Anträge der CDU-Fraktion und des Lokalen Bündnis Familie Biberach	172/2009 + 172/2009-1
7.	Kosteneinsparungen in der Straßenreinigung und im Winterdienst; Vorschläge/Konsequenzen	188/2009 + 188/2009-1
8.	Entscheidung für eine neue Finanzsoftware bei der Stadt Biberach	192/2009
9.	Zwischenbericht zum 30. September 2009 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft	196/2009
10.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.09.2009	201/2009
11.	Einsparvorschläge zum Haushalt 2009	194/2009
12.	Annahme von Spenden für das 3. Quartal	198/2009
13.	Bekanntgaben: Vorbildliches Bauen	
14.1.	Verschiedenes: Projekt zum Austausch von Wärmeheizpumpen	
14.2.	Verschiedenes: Autofreier Hafensplatz	
14.3.	Verschiedenes: Straßenbaumaßnahme Bergerhauser Straße	
14.4.	Verschiedenes: Montessori-Kindergarten	
14.5.	Verschiedenes: Lärmbelästigung in der Waldseer Straße	
14.6.	Verschiedenes: Hallenstützpunkt für den Volleyballverband	

Die Mitglieder wurden am 08.10.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 15.10.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Geschäftsordnungsantrag

StR Funk meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern und die Tagesordnungspunkte 9 und 10 – Bericht zur Haushaltsentwicklung und Einsparvorschläge zum Haushalt 2009 – vor dem Thema Realschulneubau zu behandeln. Beim Thema Neubau Realschule **beantragt** er, zunächst über das Raumprogramm der Sporthalle zu diskutieren.

StR Späh meldet sich zur Gegenrede. Eine Umstellung mache keinen Sinn. Jeder wisse, worüber abzustimmen sei. Viele Bürger seien zum Tagesordnungspunkt Neubau Realschule in die Sitzung gekommen, die man nicht zu lange warten lassen solle. Er plädiert daher, die Tagesordnung in ihrer Reihenfolge zu belassen.

Der **Antrag** wird mit 3 Ja-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk), 7 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Unterbringung Montessori-Kindergarten

Frau Christine Wiedmer, Vorsitzende des Elternbeirats des Kinderhauses St. Martin, trägt vor, das Kinderhaus sei am 4. April abgebrannt und man sei froh über die Übergangslösung im Gemeindehaus St. Maria. Dort solle jedoch das Hospiz untergebracht werden. Letzten Donnerstag habe man erfahren, dass noch keine weitere Übergangslösung gefunden sei. Auch die Baupläne seien offensichtlich noch nicht fortgeschritten und man habe den Eindruck, dass die Verantwortlichen bei Stadt und Kirche sich nicht austauschten. Sie erkundigt sich nach den Gründen hierfür und wie erreicht werden könne, dass die Mittel für den Wiederaufbau in den Haushalt 2010 eingestellt würden.

EBM Wersch gibt zu verstehen, er habe keinen so negativen Eindruck bezüglich der Kontakte zwischen Stadt und Kirche. Von Herrn Stöhr sei er über die Diskussion nach dem Elternbeiratgespräch informiert worden. Der Brand habe zu der Diskussion geführt, ob nur ein Wiederaufbau oder eine Erweiterung erfolgen solle. Die Verwaltung habe erklärt, dass man sich eine Erweiterung zu einem dreigruppigen Kindergarten vorstellen könnte und auf dieser Basis seien seines Wissens auch die Planungen erfolgt. Am 22.10.09 finde ein Termin ohne seine Beteiligung statt, um über Planungsdetails und die Kosten zu diskutieren.

Zur Interimslösung lässt er wissen, wenn das Gemeindehaus St. Maria nicht mehr zur Verfügung stehe, wobei nicht klar sei, dass dies schon zum 01.01.10 der Fall sein werde, benötige man eine andere Lösung. Hier sei man auf der Suche und seines Wissens habe Herr Stöhr auch schon ein Objekt aufgetan. Vor der endgültigen Zusage müssten jedoch alle Alternativen durchdacht werden. Es bestünden noch einzelne offene Fragen, beispielsweise ob es eine Lösung gebe, die von der Stadt alleine geschultert werden könnte oder, wie sich abzeichne, die Bruno-Frey-Stiftung mit dem Gebäude im Schadenhof der Partner werde. Die Mittel für den Ausbau von St. Martin seien im Haushalt 2010 veranschlagt vorbehaltlich einer Gemeinderatsentscheidung. Es bestehe kein Dissens zwischen Kindergartenträger und Stadt.

Es äußert sich noch ein Herr, der fragt, wann die Entscheidung gedacht sei und ob man das Verfahren beschleunigen könne. Die Kinder seien jetzt in einem Provisorium untergebracht und danach womöglich nochmals. Dies sei für Kinder und Eltern schwierig.

EBM Wersch antwortet, die Planung liege vor und man werde voraussichtlich noch vor Weihnachten die Eckdaten klären können. Zwischenzeitlich gingen die Planungen weiter. Herr Stöhr habe ihm in einer E-Mail mitgeteilt, dass er sich eine Bauzeit von eineinhalb bis zwei Jahren vorstellen könne. Wenn keine besonderen Planungsprobleme aufträten, wovon er bislang nicht ausgehe, dann könne es vermutlich schnell gehen. Niemand habe ein Interesse daran, lange externe Mietkosten zu bezahlen.

Einsparungen im Bereich Bildung und Betreuung

Herr Brüggemann spricht verschiedene Berichte an, wonach die Stadt bei den Bereichen Bildung und Betreuung nicht sparen wolle. Er sei daher erstaunt über die Vorlage mit Sparvorschlägen für 2009 gewesen, die verschiedene Maßnahmen enthalte, die auch die Schulen betreffen. Er fragt,

warum man das Amt für Bildung, Betreuung und Sport überhaupt in die Sparüberlegungen einbezogen habe.

OB Fettback bestätigt die Aussage, dass man für die Haushaltskonsolidierung Prämissen ausgegeben habe. Man plane bauliche Maßnahmen an den Schulen, z. B. den Neubau der Realschule, den Umbau der Gaisentalschule und sei bezüglich des Orientierungsplans an den Kindergärten aktiv. Auch in der Vergangenheit habe man viel getan. Es könne also belegt werden, dass man in der Vergangenheit, aktuell und in der Zukunft volle Kraft in Bildung und Betreuung gebe. Dieser Grundsatz bedeute jedoch nicht, dass vertretbare Änderungen vorgenommen würden, zumindest solange die Finanzsituation angespannt sei. Ein konkreter Vorschlag sei die Reduzierung des Schulbudgets.

EBM Wersch unterstreicht, die Aussage, nicht zu sparen schließe nicht aus, wirtschaftlich zu handeln. Die Reduzierungen seien mit den Betroffenen besprochen und es bestünden zum Teil noch erhebliche Budgetüberhänge. Nur ein Kollege habe Bedenken angemeldet, die restlichen Rektoren seien einverstanden.

Herr Finger bemerkt, er habe gerne vernommen, dass Bildung Vorrang haben solle. Es seien aber pauschale Sparmaßnahmen vorgeschlagen. So sollten beispielsweise beim WG 8.500 Euro gekürzt werden. Dies bedeute z. B., dass bei der Bücherbeschaffung unter Umständen nicht das didaktisch am besten geeignete, sondern das preiswerteste Buch ausgewählt werde. Er fragt, wer für diese Sparmaßnahmen verantwortlich zeichne.

EBM Wersch wiederholt, es handle sich um kein Spardiktat der Verwaltung, sondern die Reduzierungsvorschläge seien mit den Rektoren abgesprochen. Er empfiehlt, dies mit dem Rektor zu besprechen. Es bestünden Budgetüberhänge, die bei weitem höher seien als der zur Einsparung vorgeschlagene Betrag.

Frau Petra Funk spricht die Radweganbindung der Realschule an und fragt, ob diese im Zuge des Neubaus verbessert werde. Vor allem aus Richtung Fünf-Linden sei sie gefährlich, da in der Kolpingstraße bislang kein Radweg vorhanden sei.

BM Kuhlmann erklärt, wenn die Standortfrage entschieden sei, schreibe man das Radwegenetz fort.

Sportplatz Adenauerallee

Frau Funk fragt ob es zutreffe, dass auf der Adenauerallee kein Sportplatz gebaut werde.

EBM Wersch erwidert, man prüfe, ob eine Umwandlung in eine Kunstrasenfläche möglich sei. Eventuell werde aber nur das Rasenfeld ertüchtigt. Neue Sportflächen seien beim Erlenweg denkbar.

Tiefgarage Museum

Ein Bürger bringt vor, er habe gehört, dass die Tiefgarage Museum aufgrund von Problemen renoviert werden müsse. Er fragt, ob dieses Problem Anlass für die Verwaltung sei, ihre Streupraxis im

Winter zu überdenken. Vorstellbar wäre, weniger Salz oder eventuell ein anderes Streumittel zu verwenden. In Bayern sei in vielen Gemeinden Salz bereits verboten. Er fragt weiter, ob abschätzbar sei, wann die Renovierung der Tiefgarage Stadthalle erneut anstehe, wenn die bestehende Streupraxis beibehalten werde.

OB Fettback lässt wissen, in beiden Tiefgaragen habe man die gleichen Probleme festgestellt. Es erfolge Salzwassereintrag, das durch Risse in die Substanz eindringe. Diese Probleme habe man im übrigen auch bei Brückenbauwerken, z. B. im am Jordanei.

BM Kuhlmann fügt an, man habe Feuchtsalz im Einsatz, das deutlich besser dosiert werden könne und so den Salzeintrag verringere. Eine Reduzierung der Streueinsätze sei nicht möglich, da die Stadt gefordert sei, für die Sicherheit auf den Straßen Sorge zu tragen.

TOP 3 Ehrungen

Es stehen mehrere Mitglieder des Gemeinderats zur Ehrung an.

OB Fettback nimmt die Ehrungen in alphabetischer Reihenfolge vor, informiert zu jedem zu Ehrenden über die persönlichen Daten und die Amtszeit sowie Gremiumszugehörigkeiten und sonstiges ehrenamtliches und soziales Engagement. Folgendes wird festgehalten:

OB Fettback lässt wissen, man habe die Ehrung eigentlich vor der Sommerpause durchführen wollen, dies aufgrund der vollen Tagesordnung dann aber anders entschieden. Den Gedanken, die Ehrung außerhalb einer Sitzung vorzunehmen, habe man verworfen, da ein politisches Ehrenamt gewürdigt werden solle, weshalb eine Gemeinderatssitzung den richtigen Rahmen darstelle, um den großen Stellenwert zu dokumentieren. Denn der Gemeinderat stelle die Basis der Demokratie dar. Es handle sich um ein zeitintensives Amt und es sei viel Zusammenarbeit mit den Bürgern erforderlich.

Zu StR **Abele** lässt er wissen, er sei für StRin Leuchten nachgerückt und von Anfang an im Werksausschuss bzw. in Folge im Aufsichtsrat der Stadtwerke tätig gewesen. Dort sei er auch sein Stellvertreter. Wie fast alle engagiere er sich auch über den Gemeinderat hinaus und sei beispielsweise stellvertretender Vorsitzender von „Jugend Aktiv“ und zweiter Vorsitzender des Sportvereins Rißegg. Er habe das Gefühl, mit StR Abele gut zusammenzuarbeiten. Er frage gerne kritisch nach und manches sei von ihm schon zurecht korrigiert worden. Die politische Auseinandersetzung mit ihm gestalte sich immer fair. Er stellt sein generelles Engagement für seine Heimatstadt heraus. Unter Applaus überreicht OB Fettback ihm die Bürgerurkunde und heftet ihm deren Insignien ans Revers.

StR **Braig** sei bis 2009 Sprecher der FDP gewesen und gehöre seit Beginn seiner Amtszeit dem Bauausschuss an. Sehr engagiert sei er auch im Hospitalrat. Auch er sei über den Gemeinderat hinaus vielfältig ehrenamtlich engagiert, unter anderem in seiner Berufszunft und in der TG. Er bezeichnet Herrn Braig als sehr kritisch, wobei er sich von guten Argumenten überzeugen lasse. Seines Wissens kämpfe er sehr dafür, dass der Hospital seine Eigenständigkeit behalte. Neben ihm habe man noch weitere Ärzte im Gemeinderat und es sei wichtig, dass die verschiedensten Berufsgruppen im Gremium vertreten seien. Auch StR Braig erhält unter Applaus die Bürgerurkunde und deren Insignien.

Zu Herrn StR **Dr. Compter**, ebenfalls Arzt, lässt er wissen, auch er sei von Beginn seiner Amtszeit Mitglied im Werksausschuss und in Folge im Aufsichtsrat der Stadtwerke Biberach. Von seinem sonstigen ehrenamtlichen Engagement hebt er die Tätigkeit als Abteilungsleiter der TG-Kanuabteilung hervor, wobei ihm die Jugendarbeit sehr am Herzen liege. Er sei jemand, der sich nicht zu jedem Tagesordnungspunkt zu Wort melde, dennoch zeige er großes Engagement und weiche manchmal bewusst von der Fraktionsmeinung ab. Es wird applaudiert und StR Dr. Compter erhält Urkunde und Insignien.

Zu StRin **Handtmann** bemerkt er, sie sei Hausfrau und stolz darauf. Neben dieser Aufgabe halte sie ihrem Mann den Rücken frei und führe sechs Kinder durchs Leben. Daher habe sie als einzige neben dem Gemeinderat kein weiteres ehrenamtliches Engagement. (Applaus). Seit Beginn ihres Ehrenamtes sei sie Mitglied im Hauptausschuss. Er kennzeichnet sie als jemand, der sich ebenfalls nicht zu jedem Tagesordnungspunkt melde, aber wenn dann sehr pointiert und manchmal auch aus der Haut fahren könne, unter anderem wenn es um die Benachteiligung der Jugend gehe.

Dies zeige auch, dass sie sehr engagiert sei. Es wird applaudiert und sie erhält die Bürgerurkunde und die Anstecknadel angeheftet.

StR **Keil** sei der Dienstälteste der zu Ehrenden. Seine Position als stellvertretender Fraktionsvorsitzender habe er aufgegeben, da er seit der letzten Wahl zweiter ehrenamtlicher OB-Stellvertreter sei. Er gehöre seit 22 Jahren dem Bauausschuss an. Er kennzeichnet ihn als Person, die Gott und die Welt kenne, unglaublich belesen sei und jede Information aufsauge. Die Bürgerurkunde habe er bereits 2004 erhalten. Nun stehe für über 20 Jahre Ratsmitgliedschaft die Ehrennadel in Silber von Gemeindetag und Städtetag an. Es wird applaudiert und OB Fettback überreicht ihm die Urkunden und die Anstecknadeln.

StRin **Kübler** sei 1997 für StR Heitmann nachgerückt. Seit 2003 sei sie Fraktionsvorsitzende der SPD. Sie habe beinahe allen Gremien angehört, sei jedoch immer im Hospitalrat Mitglied gewesen. Er zählt ihr zahlreiches sonstiges ehrenamtliches Engagement auf, das zeige, wie engagiert sie sei. Sie wolle immer alles ganz genau wissen, ehe sie eine Entscheidung treffe, sei akribisch bis penibel ins Detail. Unter Applaus überreicht er auch ihr die Bürgerurkunde und heftet ihr die Anstecknadel an.

StR **Pfender** kennzeichnet er als dritten Arzt in der Runde. Er habe immer dem Bauausschuss angehört. Seit vielen Jahren sei er stellvertretender Kreisvorsitzender des Hartmann-Bundes und des regionalen Gesundheitsnetzes, wobei es sich um eine organisierte Selbsthilfe der Ärzte in der Region handle, um eine Vernetzung im Ehrenamt zu erreichen und die Zukunft des Berufsstandes zu sichern. Sein eigentliches Steckenpferd im Gemeinderat seien unter anderem Ampelschaltungen. Es wird applaudiert und OB Fettback überreicht die Bürgerurkunde und heftet die Anstecknadel an.

StR **Späh**, der für StRin Posner im Jahr 1997 nachgerückt sei, sei seit 1999 Sprecher der Grünen und seit deren Fraktionsstatus im Jahr 2004 deren Fraktionsvorsitzender. Er habe immer dem Hauptausschuss und dem Hospitalrat angehört. Auch er sei bei Jugend Aktiv engagiert und zwar als dessen Vorsitzender und übe weitere ehrenamtliche Tätigkeiten aus. Als Schwerpunkte seiner Gemeinderatstätigkeit nennt er die Bereiche Umweltschutz und Soziales. Er kennzeichnet ihn als sehr engagierten Verfechter seiner Politik, immer an der Sache orientiert und um Konsens bemüht. Er wirke stets sehr ausgeglichen. Es wird applaudiert und OB Fettback überreicht ihm als letztem im Bunde die Bürgerurkunde samt Insignien.

TOP 4 Wahl des Ortsvorstehers und seiner Stellvertreter für den Stadtteil Rißegg 197/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 197/2009 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Dieter Meier, Ulmenweg 6, wird zum Ortsvorsteher des Stadtteils Rißegg gewählt und mit sofortiger Wirkung bis zum Ende der Amtszeit der Ortschaftsräte zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.**
- 2. Herr Ortschaftsrat Gunter Engelberg, Am Weiher 4, wird zum 1. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**
- 3. Herr Ortschaftsrat Jürgen Hildenbrand, Dirk-Raudies-Weg 9, wird zum 2. Stellvertretenden Ortsvorsteher ernannt.**

OB Fettback überreicht anschließend Ortsvorsteher Meier die Ernennungsurkunde.

Dann wird die Sitzung für fünf Minuten zur Fotopause unterbrochen.

TOP 5 Neubau Realschule

- **Anträge der UB-Fraktion vom 26.08.09**
- **Anträge der SPD-Fraktion vom 27.09. und 12.10.09**
- **Anträge der Grünen vom 06.10.09**
- **Anträge der CDU-Fraktion vom 08.10.09**

Der Gemeinderat hat über den Neubau einer Realschule zu entscheiden. Hierzu zählen die Standortentscheidung, das Raumprogramm für die Realschule und ein Ganztageszentrum sowie das Raumprogramm für den Bau einer Sporthalle. Nachfolgend sind nur die Grundsatzausführungen von OB Fettback zu diesem Themenkomplex aufgeführt. Die Diskussion und Beschlussfassung zu den einzelnen Modulen erfolgt bei den folgenden Tagesordnungspunkten.

OB Fettback bringt einleitend das gemeinsame Befremden zum Ausdruck, dass die kürzlich durchgeführte Bürgerversammlung zum Thema kaum Zuspruch gefunden habe. Man werte dies so, dass all diejenigen, die nicht teilgenommen hätten, hoch zufrieden seien mit den Vorhaben. Man brauche für solch ein großes Projekt jedoch die Rückendeckung von Schule, Lehrern, Eltern und auch darüber hinaus. Im Gemeinderat bestehe ein klarer Wille, in Bildung und Betreuung zu investieren, was durch verschiedene Entscheidungen dokumentiert worden sei. Hierfür sei man dankbar, da es um ein Stück Zukunft gehe. Aktuell sei keine Grundsatzdebatte mehr zum Thema erforderlich, sondern es gehe um die Freigabe einer Vorentwurfsplanung als wichtiges Zeichen. Bislang und weiterhin habe man ein enges Zeitkorsett einzuhalten. Mit den anstehenden Entscheidungen bringe man das Projekt um ein großes Stück nach vorne. Zu den Standorten bemerkt er noch, beide Standorte hätten jeweils große Vorteile.

Es gelte ein Schulraumbudget zu beschließen und einen Ganztagesbereich inklusive einer Teilnutzung durch die Bruno-Frey-Musikschule, wofür ein Solitär angedacht sei, da man auch an zeitlich nachschulische Nutzungen durch Dritte denke. Ferner sei eine vierteilige Sporthalle empfohlen worden, wobei das vierte Modul aufteilbar sein solle. Es sei eine Kletterhalle ebenso empfohlen wie 700 Zuschauerplätze. Hierzu müsse man ergänzend mitteilen, dass diese wahrscheinlich einen höheren Stellplatzbedarf von 35 Stellplätzen auslösten. Dies sei aber noch nicht sicher, da Kooperationen vorstellbar seien. Ferner sei ein Kraftraum zur Beschlussfassung empfohlen worden und dass die Grundsatzentscheidung über den Umzug der Förderschule in die Memelstraße getroffen werde. Wichtig sei, dass man jetzt nur ein Budget beschließe und letztlich anhand der Architektenentwürfe entscheide. Er spricht in diesem Zusammenhang Anträge der SPD und der FDP-Fraktion zum Raumprogramm an. Man bitte, die Anträge zurückzustellen, bis die Vorentwurfsplanung vorliege, da dann immer noch Veränderungen möglich seien.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 193/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.10.09.

StR Dullenkopf führt aus, es handle sich um eine wichtige Entscheidung. Die CDU-Fraktion habe sich bereits im Mai nach einer Ortsbegehung festgelegt. Dabei habe man die in der Vorlage genannten Punkte und einige Themen mehr diskutiert und abgewogen. Das große Gelände des ehemaligen Hallenbads ermögliche eine gewisse Distanz zur Bahnlinie, was für die Schule gut sei. Auch könne man sich gut vorstellen, dass zwischen Bahn und der Schule die Sporthalle als Lärmschutz stehen könnte. Die Besonnung sei viel besser möglich als am Standort Adenauerallee. Die Förderschule in die Memelstraße zu verlagern werde erst 2013 umgesetzt, worüber man froh sei, da man so lange die Entwicklung der Schülerzahlen beobachten könne.

StRin Kübler meint, es handle sich um einen besonderen Tag, da die einmalige Chance bestehe, im Schul- und Bildungswesen etwas Großartiges zu schaffen. Es gehe nicht nur um den Neubau einer Realschule, sondern durch die Einbeziehung anderer Schularten und des Bereichs Sport am Ende um ein räumliches Bildungszentrum. Viele Gemeinden kämpften um das Überleben ihrer Hauptschulen. Man stärke daher mit dieser Entscheidung nicht nur die Hauptschule, sondern auch den Standort Biberach. Dank gebühre in diesem Zusammenhang auch den Biberacher Unternehmen. Man habe eine zukunftsfähige, nachhaltige Lösung im Blick und hierzu seien sicher noch einige Entscheidungen erforderlich. Man hoffe auf eine tolle Architektur. Lob gebühre auch der Verwaltung, die den Ablauf hervorragend aufgebaut habe, angefangen mit der Vorstellung des Schulentwicklungsplans. Die Verwaltung sei auch um große Transparenz bemüht, habe bisher umfangreiche Vorlagen erstellt und immer ausreichend Zeit für die Vorberatung belassen. Selbst eine Bürgerversammlung habe man noch eingeschoben.

Zum Standort bestünden in der SPD-Fraktion sehr unterschiedliche Meinungen. Sympathien für Standort A seien immer noch vorhanden, unter anderem wegen der besseren Einbindung der Gymnasien. Das Argument der besseren Erweiterungsmöglichkeiten sei jedoch ausschlaggebend gewesen, Standort B zuzustimmen, da Flexibilität wichtig sei. Sie **beantragt**, den dritten Spiegelstrich des ersten Absatzes der Begründung zu streichen. Diese Entscheidung wolle man offen lassen.

OB Fettback **sagt dies zu**, wenn es so verstanden werde, dass die Grün- und Sportflächen „momentan“ an der Adenauerallee Bestand hätten. Gegen diese Auslegung erhebt sich kein Widerspruch.

StR Zügel spricht von einem einmaligen Projekt. Man baue nicht nur eine Realschule, sondern ein räumliches Bildungszentrum. Dies sei auch der Grund, weshalb die Freien Wähler sich früh für den Standort B entschieden hätten. Freiraum wäre beim Standort A weg gewesen und es wäre zu schwierigen Verkehrsanbindungen gekommen. Diese seien am Standort B lösbar und der einzige Nachteil sei die fehlende Nähe zum ZOB. Durch ein frei platziertes Ganztageszentrum könne man die organisatorische Selbständigkeit der Schulen dokumentieren. Charme habe es, dass der Umzug der Förderschule erst später erforderlich sei. Die Ziele der Freien Wähler seien mit den Vorschlägen erfüllt. Offen sei noch die Zukunft der Pflugschule, wenn der Umzug einmal erfolgt sei dann sei eine städtebauliche Entscheidung erforderlich.

Bildung müsse neu gedacht werden, meint StR Späh. Dies sei eine große Chance für Biberach und deren Schullandschaft. Man treffe eine Entscheidung für 20 bis 30 Jahre, die daher gut durchdacht sein wolle. Die Landesvorgaben für die Zukunft der Schulen seien unklar, daher sei es wichtig, räumliche Möglichkeiten zu schaffen, um mehrere Optionen offen zu haben. Die Bildungslandschaft werde sich auf alle Fälle verändern. Die Inklusion der Förderschule, die angedacht sei, sei ein weiterer wichtiger Schritt. Das Ganztageszentrum sei ein wichtiger Baustein für die Schulen der Zukunft und hier seien gute, intelligente Lösungen gefragt. Er dankt der Verwaltung für das Gutachten zur Schulentwicklung und bezeichnet es als wichtigen Grundpfeiler der Entscheidung. Die Verwaltung habe gute Vorarbeit geleistet. Die Grünen hätten ursprünglich stärker zu Standort A tendiert, aufgrund der Nähe zum ZOB und da damit die Realschule als kommunizierender Raum zwischen den Gymnasien und der Hauptschule platziert gewesen wäre. Die starken Anwohnerproteste und die Baudichte sprächen jedoch dagegen. Ebenso die Verkehrsproblematik. Daher sehe man nun für den Standort B eine etwas stärkere Präferenz. Man könne es von den Schülern und den Eltern einfordern, einen etwas längeren Weg zum ZOB in Kauf zu nehmen.

StR Braig dankt für das transparente Verfahren. Es sei wohltuend, dass emotionslos Fakten aneinandergereiht worden seien. Standort A würde die Situation zu sehr verengen. Auch wären dann das Ganztageszentrum und die Schule nicht zusammen gewesen. Überdies habe man beim Standort B geringere Konflikte mit Anwohnern zu erwarten und Standort B ermögliche, ein Ensemble von Schulen, Ganztageszentrum und Sporthalle frei zu gestalten. Damit sei allen gedient.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Realschule soll am Standort ehemaliges Hallenbad realisiert werden.

TOP 5.2 Raumprogramm für den Bau einer 6-zügigen Realschule und eines Ganztageszentrums im räumlichen Bildungszentrum sowie Verlegung der Pflugförderschule

**184/2009-1 +
184/2009-2**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 184/2009-1 zur Beratung vor. Bei der Vorberatung im Hauptausschuss am 08.10.09 wurde eine abweichende Beschlussempfehlung abgegeben, die in Drucksache Nr. 184/2009-2 festgehalten ist, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Zum Thema gingen noch Anträge der SPD- und der FDP-Fraktion ein, die dieser Niederschrift als **Anlagen 3 und 4** angeschlossen sind.

StR Hagel bezeichnet es als erfreulich, die historische Chance zu haben, die Schullandschaft für die nächsten 30 bis 50 Jahre gestalten zu können. Es sei gut, einen Beschluss über die Gesamtfläche, die man zur Verfügung stellen wolle, zu fassen und dass einzelne Zuweisungen erst nach Vorliegen der Vorentwurfsplanung erfolgten. Man gehe davon aus, dass Vorstellungen für differenzierte Klassengrößen mit unterschiedlich großen Klassenzimmern vorgelegt würden, dass einzelne Lehrer Arbeitsplätze erhielten, es dezentrale Lerninseln auch im Verkehrsbereich gebe, Besprechungsmöglichkeiten vorgesehen würden und ein energetisch richtungsweisendes Konzept unterbreitet werde. Bei allen anderen Punkten gehe man von der Übereinstimmung zwischen Verwaltung und Schule aus. Ferner wolle man das Ganztageszentrum als Solitär errichten und Teile der Bruno-Frey-Musikschule dort unterbringen. Diesem Konzept stimme die CDU-Fraktion zu.

OB Fettback wirft ein, man wolle energetisch das BSZ toppen.

StRin Kübler lässt wissen, der SPD-Antrag vom 27.09.09 sei erledigt, da die Forderungen in die Beschlussanträge eingeflossen seien. Den Antrag zur Klassengröße könne man jedoch entgegen des Vorschlags im Ältestenrat nicht zurückstellen. Man gebe dem Architektenwettbewerb zwei Größen mit auf den Weg, unter anderem, dass rund 5.100 m² Flächenbudget für die Schule zur Verfügung gestellt würden. Die Schule habe in der Vorberatung zum Ausdruck gebracht, dass die vorgesehene Klassengröße nicht ausreichend sei und dass in diesem Flächenbudget kein Spielraum gesehen werde für 70 m² große Klassenräume. Man könne die unterschiedlichen Vorgaben nicht nachvollziehen, da man beim Erweiterungsbau der Gymnasien eine Klassengröße von 80 m² zu Grunde gelegt habe. Man müsse den Architektenwettbewerb mit realistischen Zahlen auf den Weg bringen und es sei angesichts des engen Zeitrahmens nicht vorstellbar, dass danach noch Veränderungen möglich seien, bzw. werde das Flächenbudget eher reduziert als ausgedehnt. Das Flächenbudget für das Ganztageszentrum sei in Ordnung. Wichtigste Voraussetzung sei die Toleranz aller Nutzer, weshalb es auch wichtig sei, dass ein Solitär errichtet werde, damit keine Hemmschwellen entstünden.

OB Fettback hält entgegen, es wäre durchaus möglich, das Flächenbudget nach Vorliegen der Vorentwurfsplanung zu erweitern. Er verstehe aber den politischen Hintergrund des SPD-Antrags. Sicher sei auch, dass mehr Flächen, die zur Verfügung gestellt würden, genutzt würden.

StR Zügel appelliert, bei den Empfehlungen aus den Ausschussvorberatungen zu bleiben. Es sei ein sehr konstruktiver Lösungsansatz, mit einem Flächenbudget zu arbeiten. Eine Erhöhung im Vorfeld bedeute auch eine Kostensteigerung. Man bleibe flexibel, was der Hauptgrund gewesen sei, sich für ein Flächenbudget zu entscheiden. Die Entwurfsqualität der Architekturvorschläge solle letztlich über die Zuschnitte der Zimmer entscheiden. Er gibt zu bedenken, dass man über einen halben Meter je Zimmer entscheide. Man wolle der Schulleitung, den Lehrern und Eltern als

politischer Entscheidungsträger nicht vorschreiben, wie die Flächen dann genutzt würden. Den Vorschlag der FDP-Fraktion, das Wort „circa“ vor das Flächenbudget zu setzen, sehe er als guten Kompromiss, da dies die Intention der Hauptausschussempfehlung abdecke. Circa könne auch weniger sein. Diesem Antrag könne man daher zustimmen, dem SPD-Antrag dagegen nicht.

StR Späh meint, es sei schwer abzuschätzen, wie die Zukunft in 30 Jahren aussehe und was dann benötigt werde. Daher sei es gut, ein Flächenbudget vorzugeben und zu sehen, was der Architektenwettbewerb bringe. Wichtig sei es, Flexibilität auch für die Zukunft zu erhalten. Genaue Quadratmeterzahlen seien nicht das entscheidende Maß, weshalb man sich momentan gegen den SPD-Antrag ausspreche. Eine Zurückstellung wäre den Grünen lieber gewesen. Er bezeichnet Lehrerarbeitsplätze als wichtig, da in der Zukunft die Lehrer immer länger an der Schule verweilen müssten. Schön wäre es auch, wenn das Gebäude aus hospitälichem Holz gebaut würde, damit auch der Hospital einen Vorteil von der Entscheidung hätte.

OB Fettback stellt klar, Erweiterungsflächen für Schule und Ganztageszentrum seien Teil des Wettbewerbsauftrags.

StR Funk bemerkt, die FDP sei der Vorlage zum Raumprogramm gefolgt. Man wolle Schulleitern keine Vorschriften machen. Da es nur um wenige Quadratmeter Dissens gehe und bei der Sporthalle das Geld offensichtlich keine Rolle spiele, habe man den Antrag gestellt, vor das Flächenbudget das Wort „circa“ zu setzen. Damit wäre man flexibler und Herr Pfab habe signalisiert, dass er einige Quadratmeter selbst einsparen könne. Ursprünglich habe man dem Oberbürgermeister folgen und den Antrag zurückstellen wollen, da der OB aber Verständnis für den SPD-Antrag signalisiert habe, bleibe auch der FDP-Antrag bestehen.

BM Kuhlmann lässt wissen, das Anforderungsprofil fordere eine energetisch optimierte Schule. Man habe keine bestimmten Standards vorgegeben, sondern nur den Verbrauch insgesamt. Damit könne das Problem ganzheitlich betrachtet und eine energieoptimierte Schule vorgeschlagen werden. Man habe auch bewusst Experten ins Preisgericht genommen und bewusst interdisziplinäre Teams zu Entwürfen aufgefordert.

StR Dullenkopf empfiehlt, den SPD-Antrag abzulehnen, aber in Ziffer 1 des Beschlussantrags aufzunehmen, dass damit die Klassenzimmergröße noch nicht festgelegt sei.

StR Heinkele fragt, ob es möglich sei, das Ganztageszentrum als Holzbau auszuschreiben.

BM Kuhlmann antwortet, man lasse dies bewusst offen. Grundsätzlich sei dies möglich. Eine Festlegung fände er jedoch falsch.

StRin Kübler gibt zu verstehen, der SPD-Antrag werde aufrecht erhalten, auch wenn er keine Mehrheit erhalte. Dem FDP-Antrag und der Ergänzung von StR Dullenkopf könne man zustimmen.

OB Fettback gibt zu verstehen, man könne formulieren „dies bedeutete insbesondere keine Festlegung der Klassenzimmergröße“, was aber nur eine Verstärkung wäre.

StR Zügel meint, man solle sich nicht lächerlich machen. Die Formulierung „circa“ und die Aussage, dass es sich um ein Flächenbudget handle, beinhalte dies.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, er habe den Vorschlag um der Verstärkung willen gemacht, da es sich hier um den einzig strittigen Punkt handle.

StR Späh spricht sich gegen den FDP-Antrag aus, da man sonst „Wischiwaschi“ beschlösse. Entweder man habe ein Flächenbudget oder nicht.

StR Braig wirft ein, StR Späh habe offensichtlich den Jamaika-Gedanken noch nicht verinnerlicht. Die Cirka-Formulierung sei hilfreich, wenn beispielsweise Architekten etwas aufgrund von 50 m² nicht für möglich erachteten.

OB Fettback ruft in Erinnerung, es sei der gemeinsame Wille, noch nichts exakt festschreiben zu wollen.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Der **SPD-Antrag** wird mit 6 Ja-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Prof. Dr. Nuding), 2 Enthaltungen (StRe Aßalg, Weber) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der **FDP-Antrag** wird mit 5 Nein-Stimmen (StRe Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Walter, Weber), 4 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Der **Antrag von StR Dullenkopf**, dass damit keine Festschreibung der Klassenzimmergröße erfolgt, wird mehrheitlich bei 8 Enthaltungen **angenommen**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt dem in der Anlage 1 zur Drucksache Nr. 184/2009-1 aufgeführten Raumprogramm als Flächenbudget mit circa 5.118 m² für den Bau einer 6-zügigen Realschule zu. Insbesondere die Klassenzimmergröße ist damit noch nicht festgelegt.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt dem in der Anlage 2 zur Drucksache Nr. 184/2009-1 aufgeführten Raumprogramm als Flächenbudget mit 1.588 m² für den Bau eines GT-Zentrums für das räumliche Bildungszentrum zu.**
- 3. Der Gemeinderat stimmt dem Bau des GT-Zentrums als Solitär-Gebäude in räumlicher Nähe zum Schulneubau und zur Mali Hauptschule zu.**
- 4. Im Rahmen des Schulentwicklungsprozesses stimmt der Gemeinderat im Grundsatz der Verlegung der gesamten Pflugförderschule in die Räumlichkeiten der Fachhochschule in der Memelstraße zu.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 183/2009-1 zur Beratung vor. Der Hauptausschuss gab in seiner Sitzung am 08.10.09 eine abweichende Beschlussempfehlung ab, die in Drucksache Nr. 183/2009-2 festgehalten ist, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback erinnert an den Vortrag von Dr. Spitzer zur Bedeutung von Bewegung für das Lernen. Auf diesem Hintergrund seien die Vorschläge nicht überzogen. Für die Kletterhalle hätten sich auch der Alpenverein und Jugend Aktiv ausgesprochen.

StR Hagel dankt für die Vorrede zur Bedeutung des Sports, die nicht allen bewusst sei. Dieser sei immer wichtiger, wenn es um Bildung und Betreuung gehe. Man stehe vor einer historischen Chance. Der Bedarf für diese Sporthalle sei gegeben. Die Schule rechne mit einem Bedarf zwischen drei und vier Hallen, was ein Stück Bescheidenheit sei, was den Rektor ehre. Für den Sportunterricht könne man die Klassen jedoch differenzieren, bzw. große Klassen könnten auch einmal geteilt werden. Die Vereine hätten mehr Bedarf und diese leisteten in der Gesellschaft wertvolle Arbeit, was er bewusst in den Vordergrund stellen wolle. Über 2.000 Kinder und Jugendliche würden von 400 Jugendleitern in der TG, die weitgehend ehrenamtlich tätig seien, betreut. Diese dürfe man nicht durch Aussagen, dass Geld offensichtlich keine Rolle spiele, diffamieren. Jeder sei um eine vernünftige Zukunftslösung bemüht und Geld spiele natürlich eine Rolle. Es sei jedoch sinnvoll, wenn man mehr Kinder betreuen könne, wozu auch die Vereine bereit seien. Der Merkposten einer Großsporthalle wäre damit vom Tisch. Ein Fitnessraum werde von der Mehrheit der CDU als notwendig erachtet. Dies habe nichts mit Bodybuilding zu tun. Er bittet um getrennte Abstimmung über die Kletterhalle, die man als optional angedacht habe, wie alles. Letztlich müsse alles noch abschließend beschlossen werden.

StRin Drews bemerkt, die Bedeutung von Sport und das ehrenamtliche Engagement hierfür sei von StR Hagel zutreffend beschrieben worden. Zur baulichen Seite trägt sie vor, man müsse eine dreiteilige Sporthalle und eine Gymnastikhalle ersetzen. Bei acht Realschulklassen sei eine vierteilige Halle erforderlich, wobei es positiv wäre, eine Halle teilen zu können, da diese dann von kleineren Gruppen genutzt werden könnten. Ein Fitnessraum ermögliche eine flexible Nutzung, da in ihm Projektarbeit mit Kleingruppen ebenso möglich wäre wie Unterricht in den Bereichen Ringen, Raufen und ähnliches, der verpflichtend in den Lehrplänen stehe, wofür bisher aber kein Raum vorhanden sei. Eine Kletterhalle sei ebenso erforderlich und Vorgabe im Bildungsplan. Überdies seien Kletterkooperationen möglich. Man könnte Klettermentoren ausbilden lassen, wofür es ein kostenloses Angebot des Landes gebe. Es wären noch viele Nutzungsergänzungen vorstellbar und es bestünden viele Wünsche, man müsse aber die Folgekosten bedenken. Wichtig sei jedoch eine Zuschauertribüne sowohl für Vereine als auch für Schulturniere. Sie bittet, einen Runden Tisch einzurichten, um die Planung mit allen Nutzern, Sportstättenbetreibern, dem WLSB und anderen abzustimmen.

StR Zügel stellt fest, die Empfehlung des Hauptausschusses gehe über den Verwaltungsvorschlag hinaus. Man habe die einmalige Chance für eine nochmalige Verbesserung des Sportangebots. Die Kletterhalle schliesse die bisher bestehende räumliche Lücke in Oberschwaben. Es handle sich alles um wünschenswerte Dinge. Die Mehrheit der Freien Wähler votiere jedoch für die Optionslösung auf Grundlage der ursprünglichen Verwaltungsvorlage. Dies bedeute, man spreche sich für eine dreiteilige Halle mit der Option auf einen vierten Hallenteil sowie der Option auf einen

späteren Fitnessraum und für 700 Zuschauerplätze aus. Er gibt zu bedenken, dass es um 3 Mio. € zusätzlich gehe. Daher solle man die Haushaltsplanberatungen abwarten, zumal der vierte Hallenteil vom Rektor der Realschule als nicht erforderlich bezeichnet worden sei und die Notwendigkeit für 700 Zuschauerplätze nicht belegt sei. Auch der Sportbericht habe von ausreichenden Zuschauerkapazitäten gesprochen. Ohne verlässliche Datenbasis solle man daher nicht voreilig entscheiden. Die Verwaltung wolle verschiedene Leistungen für die Bürger einschränken, wie z. B. die erste Stunde gebührenfreies Parken in den Tiefgaragen. Er bezeichnet es als bemerkenswerten Vorgang, wenn der Oberbürgermeister gegen das Votum des Finanzbürgermeisters stimme. Der Oberbürgermeister sei für die Finanzen in gleichem Umfang verantwortlich. Es möge ihm gestattet sein zu sagen, er habe das Gefühl, hier spreche der TG-Präsident und nicht der Oberbürgermeister.

OB Fettback findet dies eine Unverschämtheit und Beleidigung.

StR Zügel stellt klar, er habe niemand beleidigen wollen und ziehe seine Aussage zurück. Dennoch handle es sich um ein bemerkenswertes Votum. Die Erregung erscheine ihm nicht angebracht. Er akzeptiere, wenn der Oberbürgermeister und andere die Situation anders beurteilten, denke aber, man hätte bei der ursprünglichen Verwaltungsmeinung bleiben sollen.

OB Fettback verwahrt sich erneut gegen die Unterstellung einer Entscheidungsfindung außerhalb seines Berufs, sondern basierend auf ehrenamtlicher Tätigkeit. Er sei über zehn Jahre Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss des Städtetags und sei vielleicht insoweit befangen. Er sehe dies aber als Qualität an. Wenn diese unterschiedliche Meinung genutzt werde, um Dissens zwischen den Dezernaten auszumachen, müsse er daran erinnern, dass der Gemeinderat sich für drei Dezernenten entschieden habe. Dies werde nun genutzt, Zwietracht zwischen den Dezernenten zu säen. Er akzeptiere diese Entscheidung, er habe aber nie ein Hehl daraus gemacht, dass er sich in wenigen abweichenden Fällen eine abweichende Meinung vorbehalte.

StR Zügel verdeutlicht erneut, jemand zu beleidigen sei nicht seine Absicht gewesen. Wenn er dies getan habe, bitte er um Entschuldigung. Es sei Sache des Gemeinderats, die Situation zu bewerten. Er respektiere immer die Meinung derjenigen, für die Sport wichtig sei. Es gehe aber um die Abwägung unterschiedlicher Gewichtungen.

StR Späh meint, die Bedeutung des Sports werde sicher von allen gesehen. Durch den Verkauf der Dollinger-Realschule entfielen drei Hallenteile, weshalb auch drei Hallenteile gebaut werden sollten, zumal man im Zuge von IZBB die Hallenkapazitäten erweitert habe. Er plädiert daher für den Verwaltungsvorschlag zum Bau einer dreiteiligen Halle, jedoch zuzüglich einer Kletterhalle und sieht dies als zukunftsfähiges Konzept. Er spricht sich gegen eine vierteilige Halle aus, trotz der Sportbegeisterung in der Stadt, da er drei Hallenteile zusätzlich mit einer Kletterhalle für ausreichend erachte.

StR Funk gibt zu verstehen, zum momentanen Zeitpunkt spreche sich die FDP-Fraktion für die Verwaltungsvorlage aus. Alle Optionen seien mit wechselnden Mehrheiten vom Hauptausschuss empfohlen worden. Mehrausgaben seien nicht beziffert, obwohl man kurz vor den Haushaltsplanberatungen stehe. Ohne Not würden 3 Mio. € ausgegeben. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion hätte man alles diskutieren können.

Er meint, man hätte erst klarer das Konzept für die Kletterhalle darstellen müssen. Die FDP sei für die Gleichbehandlung aller Vereine. Er folge daher auch der Einschätzung der Realschule, die eine

dreiteilige Halle für ausreichend und da auch Pädagogen eine Kletterhalle nicht für erforderlich erachteten.

StR Keil erinnert an die Klausurtagung in Isny, bei der alle eine Großsporthalle an erster Stelle gesehen hätten. Jetzt habe man die Chance, diese Funktionen zu verwirklichen. Das DAV-Angebot für eine finanzielle Beteiligung in beträchtlichem Umfang zum Bau einer Kletterhalle sei zu würdigen.

StR Abele plädiert, eine Kletterhalle mit auszuschreiben und später zu entscheiden. Man solle dies als Option wie andere Dinge auch offen halten und am Ende sehen, was finanziert werden könne.

OB Fettback hält entgegen, es sei ein anderes Zeichen, ob man eine Nutzung optional oder gleich fix aufnehme. Klar sei, dass die finanzielle Entwicklung entscheidend sei. Kleiner könne man aber immer werden.

StR Funk meint dagegen, zwar könne man einen Baubeschluss revidieren, hierfür sei dann aber wieder eine Mehrheit erforderlich. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Beschlüsse zum Neubau des Hallenbads.

StR Walter unterstützt die Ausführungen StR Abeles.

BM Kuhlmann legt dar, dass man im weiteren Verfahren frei in der Entscheidung wäre. Er empfiehlt, in den Wettbewerb mit der großen Lösung zu gehen. Dann könne man immer noch kleiner werden.

OB Fettback schlägt als Kompromiss vor, in Ziffer 1 das Wort „gebaut“ durch das Wort „geplant“ zu ersetzen, sofern dies die Entscheidung erleichtere.

StR Zügel meint, wenn man alles als geplant sehe, auch die Kletterhalle, die vierteilige Halle und den Fitnessraum, könnten die Freien Wähler allen fünf Punkten zustimmen. Er erhebt dies zum **Antrag**.

StR Abele meint, dies wäre ein Konsens für den gesamten Gemeinderat. Man wolle natürlich keinen Freifahrtschein geben, sondern alles planen und dann sehen, was letztendlich realisiert werden könne.

OB Fettback zeigt sich irritiert von der Diskussion, da dies eigentlich immer klar gewesen sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem in der Anlage 1 zu Drucksache 183-2009-1 aufgeführten Raumprogramm für den Bau einer Sporthalle als Grundlage für den Architektenwettbewerb wird mit folgenden Modifizierungen zugestimmt:

- 1. Es wird eine vierteilige Sporthalle geplant, wobei der vierte Teil dieser Halle sehr flexibel aufteilbar ist. Dies ist im Architektenwettbewerb als Vorgabe zu formulieren.**

- 2. Es wird ein Kraftraum geplant, in den bereits vorhandene Geräte eingebaut werden können.**
- 3. Es werden zwei Lehrerduschkabinen geplant.**
- 4. Eine Tribünenkapazität von 700 Plätzen wird im Architektenwettbewerb geplant.**
- 5. Die Kletterhalle wird als Planung im Architektenwettbewerb mit ausgeschrieben.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigelegten Drucksachen Nrn. 172/2009 und 172/2009-1 zur Beschlussfassung bzw. Information vor. Als **Anlage 3** ist der Antrag der Freien Wähler vom 23.09.09 angeschlossen.

OB Fettback referiert das Verfahren und geht auf die Vorberatung im Hauptausschuss ein. Man habe auch nach Prüfung erkannt, dass der vorgeschlagene Haushaltsansatz nicht übertrieben sei, was Quervergleiche mit anderen Prozessen bewiesen. Als Beispiel nennt er den Integrationsprozess, der ca. 30.000 Euro koste.

StRin Drews findet die Verwaltungsantwort überzeugend. Das Aufzeigen von Zielvorgaben sei besonders sinnvoll, wenn man mit weniger Geld auskommen müsse, damit das zur Verfügung gestellte Geld richtig eingesetzt werde, wozu dieser Bericht diene.

StRin Goeth zeigt sich erleichtert über die Klarstellung. Wichtige Bereiche seien in Biberach bereits erarbeitet und man habe bereits 60.000 Euro investiert. Ferner bestehe der Bericht „Aktions- und Freiräume“, man habe ein Konzept zur Stadtteilarbeit, es gebe Bestandserhebungen des Seniorenbeirats und anderes mehr. Aufgabe des Familienberichts sei es daher, die bestehenden Lücken zu schließen. Dann handle es sich nur um einen rudimentären Bericht. Es sei aber wichtig, Grundlagen für die Arbeit vor Ort zu haben. Man denke, hierfür seien die 15.000 Euro aus dem Jahr 2009 ausreichend. Weitere 5.000 Euro wolle man nicht zur Verfügung stellen, auch angesichts der Haushaltslage.

StR Dr. Schmid signalisiert die Zustimmung der Grünen. Eine klare Datenlage sei wichtig für begründete und bedarfsgerechte Entscheidungen.

StR Funk meint, das gesamte Wissen zur Familienproblematik sei bei Bund und Land vorhanden und für Biberach müssten nur die abweichenden Unterschiede hierzu festgestellt werden. Man benötige konkrete Ergebnisse, was beim Bund mehr Kindergeld bedeute und in Biberach endlich den Einstieg in die Bildungs- und Betreuungsgutscheine.

OB Fettback bemerkt abschließend, natürlich sei schon vieles bekannt, es bestünden aber einige Lücken, weshalb die dargestellten Schritte notwendig seien. Seines Erachtens könnten die genannten 20.000 Euro nicht viel reduziert werden.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Den Ziffern 1 und 2 des Beschlussantrags wird bei drei Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt**. Ziffer 3 wird mit 16 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Für die Stadt Biberach wird ein Familienbericht erstellt.**
- 2. Der Sperrvermerk auf HHSt. 1.1110.638100.0 in Höhe von 15.000 Euro wird aufgehoben.**
- 3. Im Haushaltsplan 2010 sollen weitere 5.000 Euro bereitgestellt werden.**

Anschließend wird die Sitzung von 20:05 Uhr bis 20:20 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 188/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.10.09. Seine Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 188/2009-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback lässt wissen, eigentlich habe man alle Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zusammen vorlegen wollen, dieser Punkt müsse jedoch vorgezogen werden, da eine Ausschreibung erforderlich sei und der Winter schon 2009 beginnen könne.

StR Abele gibt zu verstehen, man begrüße, dass die Verwaltung unterjährig Konsolidierungsvorschläge unterbreite. Dies sei der richtige Weg. Er dankt dem Baubetriebsamt für die geleistete Arbeit. Es sei beeindruckend, wie sauber die Stadt sei und wie schnell auf Verschmutzungen reagiert werde. Er gehe davon aus, dass dies auch künftig trotz der Reduzierungen so funktioniere. Die Zufriedenheit der Bürger mit dem Winterdienst sei deutlich gestiegen, weshalb man momentan unter Sicherheitsaspekten und aus Gründen der Bürgerzufriedenheit hier nicht reduzieren wolle.

OB Fettback stellt klar, man schlage keine Einschränkungen in Bereichen vor, wo die Sicherheit gewährleistet werden müsse, was in Wohnstraßen nicht der Fall sei.

StR Lemli gibt zu bedenken, wo Müll sei, werde weiterer Müll abgelagert. Momentan habe man einen guten Standard, der beibehalten werden solle. Die SPD-Fraktion wolle auch keine Reduzierung in der Straßenreinigung, da dies letztlich kontraproduktiv sein könnte und man letztlich mehr Mittel aufwenden müsse, um den jetzigen Standard wieder zu erreichen. Er bittet daher um getrennte Abstimmung. Man wolle auch keine Reduzierung der Reinigungsintervalle.

StR Zügel meint, die Überlegungen zur Kostenreduzierung und zur Kürzung freiwilliger Leistungen durch die Verwaltung verdienten Lob, da dies unpopuläre Überlegungen seien. Es sei Aufgabe des Hauptausschusses im Rahmen des Stellenplans zu diskutieren, ob auch Personal reduziert werden könne. Bezüglich des Winterdienstes sehe man dies ähnlich wie die Vorredner und sei momentan gegen eine Reduzierung, auch da die Beträge in der Vergangenheit nicht immer voll ausgeschöpft worden seien.

StR Weber meint, man könne in beiden Bereichen sparen, eine saubere Stadt sei aber wichtig und hier gebühre der Verwaltung Lob. Man habe wunderbare öffentliche Plätze und Blumenbeete. Diese böten den ersten Eindruck einer Stadt. Bei Festen habe man den Wunsch, dass kurz vorher gekehrt werde. Beim Winterdienst seien Reduzierungen möglich, beispielsweise durch den Einsatz von weniger Salz, das die Umwelt sehr belastet und hohe Kosten in diversen Bereichen verursache. Die Barrierefreiheit müsse natürlich gewährleistet werden. Er meint, im Rahmen einer „liebvollen Öffentlichkeitsarbeit“ könnte man hierfür auch die Bürger gewinnen. Er signalisiert Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag.

StR Braig lässt wissen, die FDP folge der Bauausschussempfehlung. In Wohngebieten wohnten viele ältere Leute, die im Winter große Probleme hätten, in die Versorgungszentren zu kommen, wenn die Wohngebiete nicht geräumt würden. Abstumpfende Mittel seien Sondermüll, weshalb

auf Salz nicht verzichtet werden könne. Im Sinne einer richtigen Barrierefreiheit seien keine Kompromisse möglich.

StR Dr. Compter führt aus, Ausgangspunkt sei das Erfordernis zu sparen. Alles Vorhandene sei notwendig oder wünschenswert. Der Winterdienst sei absolut wünschenswert, wobei der Sicherheitsaspekt kein schlagendes Argument in Wohnnebenstraßen darstelle. Daher fände er hier Reduzierungen einen vertretbaren Nachteil, zumal dies nur wenige Wochen greife.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen (StRe Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Prof. Dr. Nuding) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Den in der Drucksache Nr. 188/2009 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Bereich der Straßenreinigung (maschinelle Reinigung) wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 192/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 08.10.09.

StR Dullenkopf dankt Frau Leonhardt für die geleistete Vorarbeit. Man erkenne, wieviel Arbeit in dieser Vorlage stecke. Der Entscheidungsverlauf sei ausgezeichnet dargestellt und auch nach welchen Parametern er erfolgt sei. Er dankt für diese Entscheidungstransparenz und die Einbindung des Gemeinderats, auch wenn diese formal nicht erforderlich gewesen wäre. Nun wisse man, wie es weitergehe.

StR Zügel meint, die Auswahl der Software unterliege der Verwaltungszuständigkeit, da sie damit arbeiten müsse. Die Freien Wähler stimmten zu.

StR Dr. Schmid schließt sich den Ausführungen StR Dullenkopfs an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Als künftige Finanzsoftware wird bei der Stadt Biberach das Verfahren newsystem kommunal der Firma Infoma eingesetzt und über den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm gehostet.**
- 2. Die für den Umstellungsprozess im Vorfeld bereits benötigten Module und Lizenzen wie z. B. Anlagenbuchhaltung werden vorzeitig beschafft.**
- 3. Das Finanzwesenverfahren FIWES Classic des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm wird einschließlich der Vorverfahren Avviso und KAS-EVA zu gegebener Zeit gekündigt.**
- 4. Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Softwareumstellung in Höhe von 255.000 € werden in den einzelnen Haushaltsjahren entsprechend dem Bedarf bereitgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 196/2009 zur Information vor.

StR Dullenkopf dankt für die Vorlage und zeigt sich erfreut über die umfassenden Sanierungen in der Waldseer Straße 45. Er hat Fragen zum Tilgungszuschuss und den durchschnittlichen Energieeinsparungen.

StRin Kübler dankt ebenfalls für den Bericht, der hauptsächlich positive Meldungen enthalte. Man empfehle, so fortzufahren. Sie erkundigt sich nach den Miethöhen und ob diese tatsächlich noch unter 20 % unter dem Mietspiegel lägen. Bei der Mitgliederversammlung der Baugenossenschaft sei eine durchschnittliche Grundmiete von 4,37 €/m² genannt worden. Sie fragt, ob dieser Wert für den Eigenbetrieb auch ausgerechnet werden könne und welche Höhe er betrage. Ferner bittet sie die Zahl der Wohnungssuchenden mitzuteilen und warum diese vom Geschäftsbericht 2008 abweiche. Diese Zahl sei wichtig zu wissen, um abschätzen zu können, wann reagiert werden müsse.

StR Zügel bezeichnet den Bericht als sehr informativ. Er erkundigt sich nach Details zum KfW-Darlehen.

StR Späh meint, man habe gut gewirtschaftet. Die Auswertung zeige, dass ein sukzessiver Ausbau der Wohnungen erforderlich sei. Dies sei gut für die Umwelt und positiv für die Mieter.

Auch StR Funk zeigt sich namens der FDP sehr zufrieden mit der Arbeit. Das Beiblatt zeige die Auswirkung der Investitionen auf Mieter, den Eigenbetrieb und die Umwelt. Er appelliert, so weiterzumachen und äußert den Wunsch, ein vollständiges Kataster zu erhalten, in der die Reihenfolge der geplanten Maßnahmen abgelesen werden könne.

Frau Spierer lässt wissen, man habe 12,5 % statt 5 % Tilgungszuschuss von der KfW erhalten, da man die gesetzlichen Vorschriften der neuen Energieverordnung eingehalten habe und Isolierungen erfolgt seien. Dies komme voll den Mietern zugute. Diese könnten 23,10 € monatlich einsparen. Der Geschäftsbericht werde im März bzw. April erstellt und der Wirtschaftsplan im Herbst, woraus sich schwankende Zahlen bei den Wohnungssuchenden erklärten. Man habe 26 Wohnungen in der Hans-Rohrer-Straße 26 – 30 und im Sebastian-Kneipp-Weg 15 – 17. Hier seien die Mieten auf 4,20 €/m² erhöht worden. Wohnungssuchende kämen vom freien Markt und in erster Linie handle es sich um AGB II-Empfänger. Man habe aber auch Obdachlose unterzubringen. Das KfW-Darlehen habe einen Zinssatz von 4,1 %, weshalb es momentan günstiger sei, selbst zu finanzieren und das Darlehen später abzurufen.

EBM Wersch teilt ergänzend mit, für 2009 betrage die durchschnittliche Miete 3,95 €/m² und für 2010 3,98 €/m².

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 201/2009 zur Information vor.

StR Wiest führt aus, erstmals seien die Eckdaten im Vergleich zu den geplanten Zahlen zurückgegangen, wobei sich dies etwas relativiere, da teilweise auch Wenigereinnahmen kompensiert worden seien, wie z. B. die Zinsen von Kapitalanlagen und die Wenigerausgaben zur Gewerbesteuerumlage. 2009 sei man noch mit einem blauen Auge davon gekommen. Wesentlich sei, wie es 2010 weitergehen werde. Man sei gespannt auf die Haushaltsplanberatungen. Bemerkenswert sei, dass man sich in dieser Zeit ein räumliches Bildungszentrum mit Ausgaben von 30 – 35 Mio. € leisten könne. Man habe durch hohe Rücklagen hierfür Vorsorge getroffen. Er fragt nach der Auszahlung der Landeszuschüsse zum Klassentrakt der Gymnasien und der Gaisental-Grundschule als Ganztageschule.

StRin Kübler schließt sich den Ausführungen StR Wiests an.

StR Zügel appelliert, Augenmaß zu behalten und die Haushaltsplanberatungen konsequent durchzuführen.

StR Funk gibt zu verstehen, man stehe voll hinter EBM Wersch und der Kämmerei und unterstütze sie.

StR Zügel gibt zu verstehen, der defizitäre Verwaltungshaushalt werde immer wieder im Vorbericht thematisiert. Diese relative Schwäche des Verwaltungshaushalts sei immer die Achillesferse des Haushalts gewesen. Ziel müsse es sein, zumindest den Vermögensstand zu erhalten, wobei es in Ordnung sei, jetzt die Rücklagen abzuschmelzen. Über Jahrzehnte dürfe ein Verwaltungshaushalt aber nicht defizitär sein.

StR Funk hebt auf die unterschiedlichen Haushaltsansätze und das letztliche Ergebnis ab. Im Verwaltungshaushalt habe man die letzten Jahre Überschüsse erwirtschaftet, mit denen Rücklagen gebildet werden konnten.

OB Fettback bestätigt, der Verwaltungshaushalt sei das Sorgenkind, da er schwer gesteuert werden könne. Entscheidungen wie die Reduzierung des Winterdienstes hätten den Verwaltungshaushalt entlastet. Wenn man mittel- und kurzfristig steuere, sei eher der Verwaltungshaushalt betroffen. Man dürfe bei allem sorgfältigen Wirtschaften aber nicht denken, in Biberach gingen die Lichter aus.

Frau Leonhardt lässt wissen, die Zuschüsse für die Gymnasien seien in Raten abrufbar bis 2012. Eine große Rate sei bereits eingegangen. Was die Gaisental-Grundschule betreffe, werde man die Mittel entsprechend dem Baufortschritt abrufen.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 194/2009 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback gibt zu verstehen, man wolle der veränderten Situation Rechnung tragen und habe daher die Ämter gebeten zu überlegen, wo ein Konsolidierungsbeitrag geleistet werden könne. Es gehe auch darum, ein Zeichen zu setzen. Man sei sich auf Dezernentenebene einig gewesen, dass man weit davon entfernt sei, eine Haushaltssperre erlassen zu müssen, wie dies andere Städte getan hätten.

StR Abele führt aus, der Weg sei gut nachvollziehbar und unterjährige Einsparvorschläge seien richtig. Hier gelte insbesondere EBM Wersch Dank. Formal sei die Vorlage jedoch nicht schlüssig, da sie ein Gemisch aus Einsparbeschlüssen und faktischen Reduzierungen enthalte. Letzteres betreffe beispielsweise Gaspreissenkungen oder günstigere Ausschreibungsergebnisse. Diese hätten in eine Informationsvorlage gehört, die über Minderausgaben informiere.

Es seien Beschlüsse enthalten, über die man im Rahmen der Haushaltsplandiskussion gefochten habe. Als Beispiel nennt er die Museumstür oder die Freizeitanlage Ringschnait. Betroffen seien SPD-Anträge ebenso wie CDU-Anträge. Man wolle hierüber zum jetzigen Zeitpunkt nicht entscheiden und **beantrage**, eine Vertagung zum Haushalt 2010. Es laufe nichts davon, wenn bislang noch nichts getan worden sei. Was das Schulbudget betreffe sei es eine Grundsatzentscheidung, wie man mit Budgets umgehe.

OB Fettback bestätigt die dargelegte Vermischung, auf die er im Vorfeld ebenfalls aufmerksam gemacht habe. Er gibt zu verstehen, dass die Verwaltung im Falle einer Vertagung die Beschlüsse aber nicht vollziehen werde.

StR Funk spricht sich gegen eine Vertagung aus. Die FDP lehne die Vorlage ab. Es sei wenig enthalten, das der Gemeinderat beschließen könne.

StR Zügel gibt zu bedenken, im Falle einer Vertagung berate man über Projekte, die eigentlich nach 2009 gehörten.

Der **Vertagungsantrag** wird bei 2 Nein-Stimmen (StRe Bode, Funk), 4 Enthaltungen (StRe Braig, Goeth, Heinkele, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen mehrheitlich **angenommen**.

Damit ist die Entscheidung vertagt.

OB Fettback stellt klar, es erfolge kein Vollzug der Maßnahmen, es sei denn man werde vom Gemeinderat dazu gezwungen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 198/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 08.10.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 von Drucksache Nr. 198/2009 aufgeführten Spenden werden angenommen.

TOP 13 Bekanntgaben: Vorbildliches Bauen

BM Kuhlmann lässt wissen, für die IZBB-Maßnahme sei die Stadt für vorbildliches Bauen vom Landkreis ausgezeichnet worden.

Es wird applaudiert.

TOP 14.1 Verschiedenes: Projekt zum Austausch von Wärmeheizpumpen

StR Funk bringt vor, vor zwei Jahren habe die FDP zum Haushalt einen Antrag gestellt, der angenommen worden sei, wonach Stadtwerke, Stadt und e.wa riss ihre Mittel zusammenlegten, um ein gemeinsames zukunftsfähiges Umweltprojekt zu finanzieren. Es sei immer wieder berichtet worden, dass etwas beschlossen werden solle. Im FDP-Programm sei auch eine Abwrackprämie für Heizungspumpen enthalten. Nun habe er einen Artikel in der Schwäbischen Zeitung über ein derartiges Projekt von Stadt und anderen gelesen, wobei der FDP-Antrag totgeschwiegen worden sei. Er fragt, wie die Verwaltung gedenke, mit dem Antrag umzugehen.

OB Fettback gibt zu verstehen, dieser Umstand sei der Situation geschuldet, dass man eine eigenständige Firma mit einem eigenständigen Geschäftsführer der e.wa riss habe, die unabhängig vom FDP-Antrag dieses Projekt sowieso geplant hatte. Es sei wie mit vielen guten Ideen, dass sie meist viele Väter hätten.

Bezüglich des FDP-Antrags sei er nicht zufrieden mit dem Umgang. Man habe im März 2009 eine Klausurtagung abgehalten, bei der auch derartiges besprochen worden sei. Es habe auch ein Gespräch zwischen ihm und Herrn Urbano stattgefunden und dann sei das Thema auf die Ebene von Herrn Maucher gelegt worden, es liege aber noch kein Ergebnis vor.

TOP 14.2 Verschiedenes: Autofreier Hafenplatz

StR Lemli bringt vor, angesichts des Fotos mit dem Oberbürgermeister auf dem Bobbycar zur Verkehrsfreigabe für den Holzmarkt sei er sich bewusst geworden, dass auf dem Hafenplatz nach Fertigstellung der Baumaßnahme spielende Kinder nicht möglich sein würden, da man nicht beschlossen habe, ihn autofrei zu machen.

TOP 14.3 Verschiedenes: Straßenbaumaßnahme Bergerhauser Straße

StR Dr. Compter bringt vor, seit drei Wochen sei die Bergerhauser Straße aufgrund der Baumaßnahmen autofrei. Eine Fertigstellung bis Ende Oktober wie geplant sei nicht vorstellbar. Die Umleitungen seien relativ weit, was dazu führe, dass die Steigstraße von vielen genutzt werde, die keine Anwohner, kein Bus- und kein Taxiverkehr seien. Auch Tempo 30 werde nicht eingehalten. Er bittet daher das Ordnungsamt um entsprechende Kontrollen.

OB Fettback **sagt dies zu.**

BM Kuhlmann lässt wissen, es habe unerwartete Probleme mit der Straßenbaumaßnahme gegeben. Man wisse aber nicht, ob sich dies auf den Zeitplan auswirken werde.

TOP 14.4 Verschiedenes: Montessori-Kindergarten

StR Zügel meint, die Katholische Kirche müsste als Eigentümerin des Kindergartens und des Hauses St. Maria eine Versicherung für Betriebsunterbrechungen haben wie jedes Unternehmen, aus der Interimsunterbringungen finanziert werden könnten.

EBM Wersch antwortet, die bisherige Rückmeldung laute, dass keine Betriebsversicherung bestehe. Man werde dies aber erneut prüfen.

TOP 14.5 Verschiedenes: Lärmbelästigung in der Waldseer Straße

StR Braig bringt vor, in der Waldseer Straße komme es nachts zu Lärmbelästigungen durch Pkw. Er fragt, ob Kontrollen möglich seien.

TOP 14.6 Verschiedenes: Hallenstützpunkt für den Volleyballverband

StR Braig bringt vor, der Volleyballverband habe seit einem Jahr Interesse an einem Hallenstützpunkt in Biberach geäußert. So sei ihm dies erklärt worden.

OB Fettback und EBM Wersch geben zu verstehen, dass sie hiervon nichts wissen.

Gemeinderat, 19.10.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann